

STELLUNGNAHME DER GEMEINDE Gültz nach § 36 BauGB und weitere INFORMATIONEN



1. Antragsteller/Bauherr

Aktenzeichen Bauaufsicht STALUMS 51 571/1634-1/2021	Aktenzeichen Gemeinde 12GB/2021/0001
Name Vorname RH2 PTG Kommunale Beteiligung GmbH & Co. KG	Ort Seestraße 71a, 18211 Börgerende

2. Vorhaben/Baugrundstück

Genauere Bezeichnung des Vorhabens Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG zur Errichtung und zum Betrieb von 13 Windenergieanlagen in der Gemeinde Gültz		
Belegenheit des Baugrundstücks		
Gemarkung Gültz	Flur 10 12 13	Flurstück 2 3 4 38 43 2 25 26 27

3. Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB)

3.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 1 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung liegt der Baugenehmigungsbehörde vor.	<input type="checkbox"/>
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung liegt dieser Stellungnahme bei.	<input type="checkbox"/>
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung wird der Baugenehmigungsbehörde bis zum . . . nachgereicht.	<input type="checkbox"/>
	Weiter unter Punkt 4	
3.2	Nr. / Bezeichnung des B-Planes _____	
3.3	Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplanes.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 9	
3.4	Die Erschließung ist gesichert.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 10	
3.5	Zwischenergebnis: Das gemeindliche Einvernehmen ist nach § 36 BauGB nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/>
	Prüfung unter Punkt 11 fortsetzen	

4. Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (§ 30 BauGB i. V. m. § 12 BauGB)

4.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 BauGB (§ 30 Abs. 2 BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung und Durchführungsvertrag liegt der Baugenehmigungsbehörde vor.	<input type="checkbox"/>
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung und Durchführungsvertrag liegt dieser Stellungnahme bei.	<input type="checkbox"/>
	Eine beglaubigte Ausfertigung des Bebauungsplanes einschl. Begründung und Durchführungsvertrag wird der Baugenehmigungsbehörde bis zum . . . nachgereicht.	<input type="checkbox"/>
	Weiter unter Punkt 5	
4.2	Nr. / Bezeichnung des B-Planes _____	
4.3	Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen der Satzung. (§ 30 Abs. 2 i. V. m. § 12 Abs. 3 a BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 9	
4.4	Die Erschließung ist gesichert	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 10	
4.5	Zwischenergebnis: Das gemeindliche Einvernehmen ist nach § 36 BauGB nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/>
	Prüfung unter Punkt 11 fortsetzen	

5. Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplanes

5.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 3 BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 6	
5.2	Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplanes.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 9	
5.3	Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit nach	<input type="checkbox"/>
	§ 34 BauGB	Weiter unter Punkt 6.3
	§ 35 BauGB	Weiter unter Punkt 7 <input type="checkbox"/>

6. Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)

6.1	Das Vorhaben liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 7	
6.2	Es liegt eine Satzung vor nach	<input type="checkbox"/>
	§ 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB	<input type="checkbox"/>
	§ 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB	<input type="checkbox"/>
	§ 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB	<input type="checkbox"/>
	Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen dieser Satzung.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	(Abweichungen im Einzelnen unter Punkt 17 auführen.)	Weiter unter Punkt 9
6.3	Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem der Baugebiete nach BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Gebietsart nach BauNVO _____	Weiter unter Punkt 6.7
6.4	Das Vorhaben ist nach seiner Art allgemein zulässig.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 6.9	
6.5	Das Vorhaben ist nach seiner Art ausnahmsweise entsprechend § 31 Abs. 1 BauGB zulässig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 6.9	
6.6	Das auch ausnahmsweise nicht zulässige Vorhaben ist zulässig entsprechend § 31 Abs. 2 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Entscheidungsfindung unter Punkt 17 ausführen	
6.7	Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 34 Abs. 1 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weiter unter Punkt 6.4	
6.8	Das Vorhaben fügt sich nach seiner Art der baulichen Nutzung in die Eigenart der näheren Umgebung ein.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.9	Das Vorhaben fügt sich nach dem Maß der baulichen Nutzung in die Eigenart der näheren Umgebung ein. (z. B. in der Grundflächenzahl, in der Geschossflächenzahl oder der Größe der Geschossfläche, in der Baumassenzahl oder der Baumasse in der Zahl der Vollgeschosse oder in der Höhe der baulichen Anlage unter dem Gesichtspunkt des harmonischen Einfügens in die Eigenart der näheren Umgebung)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Weitere Ausführungen, Begründungen unter Punkt 17	
6.10	Das Vorhaben fügt sich nach der Bauweise in die Eigenart der näheren Umgebung ein.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.11	Das Vorhaben fügt sich mit der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung ein (ggf. Festsetzung der Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB beachten).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.12	Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bleiben gewahrt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.13	Das Ortsbild wird nicht beeinträchtigt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.14	Vom Vorhaben sind schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden zu erwarten.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.15	Einer Abweichung vom Einfügungsgebot wird im Einzelfall zugestimmt (§ 34 Abs. 3 a BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.16	Die Erschließung ist gesichert.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Einzelprüfung unter Punkt 10	
6.17	Das Vorhaben ist nach § 34 BauGB zulässig.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Prüfung unter Punkt 8 fortsetzen	
6.18	Zwischenergebnis: Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Prüfung unter Punkt 11 fortsetzen/Ergebnis in Schlussfeststellung übertragen	

7. Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)

7.1	Das Vorhaben liegt im Außenbereich (§ 35 BauGB).	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.2	Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich einer Außenbereichssatzung (§ 35 Abs. 6 BauGB).	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
7.3	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines rechtskräftigen Flächennutzungsplanes und stellt den Bereich dar als _____	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
7.4	Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB.	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.5	Öffentliche Belange stehen entgegen. (Entgegenstehende Belange im Einzelnen unter Punkt 17)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.6	Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 2 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.7	Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 4 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.8	Öffentliche Belange werden beeinträchtigt. Beeinträchtigende Belange im Einzelnen unter Punkt 17	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.9	Die ausreichende Erschließung ist gesichert. Einzelprüfung unter Punkt 10	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.10	Das Vorhaben ist nach § 35 BauGB zulässig. Prüfung unter Punkt 8 fortsetzen	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7.11	Zwischenergebnis: Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. Prüfung unter Punkt 11 fortsetzen/Ergebnis in Schlussfeststellung übertragen	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

8. Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung (§ 33 BauGB)

8.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes/eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, für den die Aufstellung beschlossen ist.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8.2	Nr./Bezeichnung _____ Datum des Aufstellungsbeschlusses . . .	
8.3	Der Bebauungsplan/vorhabenbezogene Bebauungsplan besitzt die formelle Planreife (§ 33 Abs. 1 BauGB). Die Verfahrensunterlage (der Aufstellungsbeschluss, der Entwurf des Bauleitplanes, die Begründung, die Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange, der Abwägungsbeschluss der Gemeinde, ...) liegt der Baugenehmigungsbehörde vor. <input type="checkbox"/> liegt dieser Stellungnahme bei. <input type="checkbox"/> wird der Baugenehmigungsbehörde bis zum . . . nachgereicht. <input type="checkbox"/> Weiter unter Punkt 8.5	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8.4	Das Vorhaben kann vor Durchführung der erneuten öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zugelassen werden (§ 33 Abs. 2 BauGB). Die Verfahrensunterlage (der Aufstellungsbeschluss, der Entwurf des Bauleitplanes, die Begründung, ...) liegt der Baugenehmigungsbehörde vor. <input type="checkbox"/> liegt dieser Stellungnahme bei. <input type="checkbox"/> wird der Baugenehmigungsbehörde bis zum . . . nachgereicht. <input type="checkbox"/> Die Beteiligung nach § 13 BauGB wurde durchgeführt. <input type="checkbox"/> wurde noch nicht durchgeführt <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8.5	Das Vorhaben entspricht den künftigen Festsetzungen.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8.6	Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
8.7	Die Erschließung ist gesichert.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

9. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)

9.1	Das Einvernehmen wird erteilt zu Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB Ausnahmen im Einzelnen unter Punkt 17 aufführen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
9.2	Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB Grundzüge der Planung werden nicht berührt. Gründe des Allgemeinwohls erfordern die Befreiung. Die Abweichung ist städtebaulich vertretbar. Die Durchführung des Bebauungsplanes würde zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte zu führen. Begründung unter Punkt 17 aufführen Abweichungen im Einzelnen unter Punkt 17 aufführen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
9.3	Zwischenergebnis: Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. Einzelprüfung unter Punkt 10 (soweit nicht schon durchgeführt, unter Punkt 6.17 fortsetzen)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

10. Erschließung

10.1	Die Zufahrt ist nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
10.2	Die Zufahrt ist gesichert durch die Lage des Grundstücks in angemessener Breite zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche oder durch eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
10.3	Die Wasserversorgung ist nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
10.4	Die Wasserversorgung ist gesichert durch eine zentrale Wasserversorgung durch einen eigenen Brunnen durch eine sonstige Wasserversorgung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
10.5	Die Abwasserversorgung ist nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
10.6	Die Abwasserversorgung ist gesichert durch Kanalisation im Mischsystem durch Kanalisation im Trennsystem durch eine sonstige Abwasserbeseitigung, nämlich: _____	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

11. Vorhaben in Sanierungsgebieten (§ 142 BauGB)

11.1	Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 142 BauGB. Weiter unter Punkt 12	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
11.2	Es handelt sich um ein genehmigungspflichtiges Vorhaben (§ 144 BauGB). Weiter unter Punkt 14	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
11.3	Der Bauherr hat den Auftrag bei der UB gestellt. Weiter unter Punkt 12 Die Frist zur Bearbeitung hat noch nicht begonnen. Die Frist zur Bearbeitung läuft seit dem . . . Die Genehmigung wird in Aussicht gestellt. Ergebnis in Schlussfeststellung übertragen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

12. Veränderungssperre (14 BauGB)

12.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung über eine Veränderungssperre. Weiter unter Punkt 13	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
12.2	Nr./Bezeichnung _____ Datum der Bekanntmachung . . .	
12.3	Zu Ausnahmen von der Satzung nach § 14 Abs. 2 BauGB wird das Einvernehmen erteilt. Erläuterungen unter Punkt 17/Ergebnis in Schlussfeststellung eintragen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

13.	Zurückstellung von Baugesuchen (§ 15, § 141 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 15 BauGB)	
13.1	Zurückstellung nach § 15 BauGB wird beantragt. Begründung und Zeitdauer unter Punkt 17 aufführen	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
13.2	Eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB wird nicht beschlossen, obwohl die Voraussetzungen gegeben sind, bzw. eine beschlossene Veränderungssperre ist noch nicht in Kraft getreten. Der Nachweis hierüber liegt der Baugenehmigungsbehörde vor. <input type="checkbox"/> Der Nachweis hierüber liegt der Stellungnahme bei <input type="checkbox"/> Ergebnis in Schlussfeststellung eintragen	
14.	Zulässigkeit von Vorhaben in Gebieten zur Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten (§ 172 BauGB)	
14.1	Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 172 BauGB. Weiter unter Punkt 15	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
14.2	Das erforderliche Einvernehmen wird erteilt (§ 173 BauGB). Begründung im Einzelnen unter Punkt 17 aufführen/Ergebnis in Schlussfeststellung übertragen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
15.	Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauO M-V)	
15.1	Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 LBauO M-V.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
15.2	Nr./Bezeichnung der Satzung _____ Ende der Prüfung	
15.3	Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen der Vorschrift. Ende der Prüfung Die Abweichungen unter Punkt 17 aufführen.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
16.	Brandschutz nach § 14 LBauO M-V	
	Erforderlich <input checked="" type="checkbox"/>	
	Nicht erforderlich <input type="checkbox"/>	
	Wirksame Löscharbeiten (§ 14, 2. Halbsatz) sind aufgrund der ausreichend vorhandenen Löschwasser- sermenge möglich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
17.	Ausführungen, Erläuterungen, Begründungen siehe Anlage 1	
18.	Hinweise oder sonstige Angaben (ohne Bindungswirkung für die Baugenehmigungsbehörde)	
19.	Schlussfeststellung	
	Das Vorhaben wurde behandelt mit Beschluss vom . . .	<input type="checkbox"/>
19.1	Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt zu Ausnahmen/Befreiungen nach § 31 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
19.2	Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt nach § 36 BauGB.	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
19.3	Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt zu Ausnahmen nach § 14 Abs. 2 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
19.4	Die Zurückstellung wird beantragt nach §§ 15, 141 Abs. 4 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
19.5	Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt nach § 173 Abs. 1 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
19.6	Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt nach § 144 BauGB.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
20.	Zustimmung des Grundstückseigentümers	
20.1	Die Gemeinde ist Eigentümer des Grundstückes. weiter unter Punkt 20.2	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
20.2	Die Gemeinde stimmt dem geplanten Bauvorhaben zu.	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Gemeinde: Gültz

Ort, Datum: Altentreptow, 26.08.2021

Stempel/ Unterschrift

A. Hoes

Amt
Treptower Tollensewinkel
Rathausstraße 1
17087 Altentreptow

Anlage 1 zum Gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB der Gemeinde Gültz

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG zur Errichtung und zum Betrieb von 13 Windenergieanlagen in der Gemeinde Gültz

AZ: STALUMS 51 571/1634-1/2021

Das Gemeindliche Einvernehmen wird vorbehaltlich unter folgenden Voraussetzungen erteilt:

- Pachtzahlung in Höhe von 60.000,00 € im Jahr + 180.000,00 € gemäß § 36 K Abs. 2 EEG (auch bei Betreiberwechsel!)
- Stromtarif: 3 Cent unterhalb des günstigsten Anbieters
- Befeuern laut Gesetz
- Guthaus: originalgetreue Wiederherstellung des Schlossparks nach Lenné (inklusive Rückerwerb der Parzellen die zum ursprünglichen Park gehörten, südlich des Flurstücks 83 der Flur 14 der Gemarkung Gültz);
- Die vorhandenen Gebäude auf dem Flurstück 4 der Flur 14 innerhalb der Gemarkung Gültz sollen zu einem Gemeindezentrum entwickelt werden.
 - Das Gemeindehaus "Alte Schule" soll zu einem Gemeindezentrum umgebaut werden – in Abstimmung mit der Gemeinde
 - Der Renterpavillon soll zu einem Sport/Mehrzweckraum umgebaut werden – in Abstimmung mit der Gemeinde
 - Umbau/Sanierung/Ausbau der vorhandenen Gebäude – in Abstimmung mit der Gemeinde
 - Sanierung der Kita – in Abstimmung mit der Gemeinde
 - Die Gestaltung der Außenanlagen soll erfolgen – in Abstimmung mit der Gemeinde
 - Ein Multi-Spielplatz soll beim Gemeindezentrum errichtet werden
- neue überfahrbare Gehwege in allen Ortsteilen inklusive Straßenebenanlagen sowie die Sanierung der vorhandenen Gemeindestraßen – in Abstimmung mit der Gemeinde
- vorhandene Spielplätze/Sportanlagen sollen saniert werden – in Abstimmung mit der Gemeinde
- Lücken im Radwegenetz sollen geschlossen werden– in Abstimmung mit der Gemeinde
- die Lindenallee nach Altenhagen soll für die Dauer des Windparks alle 2 Jahre gepflegt werden; Ersatzpflanzungen sollen vom Betreiber des Windparks vorgenommen werden
- Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses auf dem Flurstück 129 der Flur 14 innerhalb der Gemarkung Gültz (ehem. Kita inkl. Gärten) gemäß den gesetzlichen Vorgaben
- Anschaffung eines neues Feuerwehrfahrzeuges (TSF) für die Jugendfeuerwehr der Gemeinde
- der Sitz der Firma ist in Gültz
- Ausgleichmaßnahmen werden umgesetzt

i.A. Flo

Amt

Treptower Tollensewinkel

Rathausstraße 1

17087 Altentreptow